presse

„Aktionswoche Schuldnerberatung 2011“: Bundesregierung gefordert

Zur diesjährigen Aktionswoche der Schuldnerberatung 2011 erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagsfraktion Hilde Mattheis:

Hilde Mattheis fordert die Bundesregierung auf, künftig verstärkt Präventionsarbeit gegen Überschuldung sowie soziale Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung zu unterstützen. Nur so könne wirksam Armut aus Überschuldung bekämpft werden.

Die hohe Zahl von über drei Millionen überschuldeter Haushalte gehört zum Armutszeugnis unseres Landes. Die Finanzierung der Schuldnerberatung ist schon lange unzureichend und steht zu Recht als Thema im Mittelpunkt der Aktionswoche 2011.

Der Kampf gegen die Armut und die Reduzierung um 20 Prozent ist eines der fünf Kernziele der Strategie "Europa 2020", zu der sich auch die Bundesregierung verpflichtet hat.

Präventionsarbeit gegen Überschuldung, soziale Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung sind hocheffiziente Instrumente der Armutsbekämpfung.

Die Bundesregierung hat hier eine große Bringschuld. In der Umsetzung im "Nationalen Reformprogramm Deutschland 2011" steht zu dieser Selbstverpflichtung jedoch kein Wort.

Wie in den vergangenen Jahren unterstützt die AG Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagsfraktion die Aktionswoche der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) auch in diesem Jahr.